Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

...mentspreis mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst ...der Frauen- und Jugendzeitung einschließl. Bringerlohn monatlich 60 Pf. ...die Post bezogen vierteljährl. M. 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und ...reich-Ungarn M 5.— Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Gr. Zwingerstraße 14, II. Tel. 9465. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. **Expedition:** Gr. Zwingerstraße 14. Tel. 1769. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die 6gespaltene Petitzeile mit 25 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 20 Pf. Inserate müssen bis spätestens ½10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — **Telegramm-Adresse:** Dresdner Volkszeitung.

...r. 215. | Dresden, Sonnabend den 16. September 1911. | 22. Jahrg.

Das Attentat auf Stolypin.

Zum zweitenmal innerhalb eines Zeitraums von etwas fünf Jahren ist ein Attentat auf den russischen Ministerenden Stolypin unternommen. Damals, am 25. August als in seinem Hause eine Bombe zur Explosion kam und 30 Personen dabei getötet wurden, blieb er selbst un- und auch diesmal hat ihn das tödliche Blei zwar verletzt, aber nicht so, daß mit einem tödlichen Ausgang net werden muß. Erst 14 Tage war Stolypin bei dem tat 1906 Ministerpräsident. Er sollte der kommende Rußlands, der „Retter" aus den Nöten der Revolution sein, gar mutig klangen die Worte, die er in das Regierungsfest vom 5. September 1906, also nach dem ersten Attentat, cht:

„Die Ziele der Regierung können durch verbrecherische Angriffe nicht geändert werden. Man kann die eine oder die dere Person ermorden, man kann aber die Idee cht töten, von der die Regierung erfüllt ist. Pflicht des ates ist es, der gewalttätigen Revolution Halt zu gebieten, dahin strebt, die Macht an sich zu reißen und gesellschaftsdliche Elemente, die alles vernichten wollen, zu neuen Herren wachen."

Und doch . . . Man kann die eine oder die andere n ermorden, man kann aber die Ideen nicht töten . . . gt das nicht als eine Offenbarung, die Stolypin sich damit gab? Er, der „Retter" Rußlands, muß er nicht vor seinen eigenen Worten kapitulieren? Mit Blut und stehen seine Handlungen in die Geschichte Rußlands eingetzelt. Hinrichtungen, Morde, Verschickungen nach Sibirien, zeitum sind seine Mittel gewesen, um der Revolution Garaus zu machen, um jede freiheitliche Regung Rußlands unterdrücken. Hunderttausende, die sich seinem Regime gegenstellten, schmachten in russischen Gefängnissen, erleiden lenqualen, Zehntausende sind durch die von ihm veranlaßten gromе des „schwarzen Hundert" hingemordet worden. Doch alledem: „Man kann die eine oder andere Person erden, man kann aber die Idee nicht töten!"

Und darum jetzt wieder das Attentat! Zu Beginn der nisterpräsidentschaft Stolypins waren ihre gar viele — in außerhalb Rußlands Grenzen —, die von ihm außerentliches erwarteten. Aber der Scheinkonstitutionalismus, aus der Angst vor der Revolution in den Tagen des res 1905 geboren wurde, er hat durch Stolypin seinen en Stoß erhalten. Immer mehr wandte er sich von einer nur noch so geringfügigen Vorwärtspolitik ab und verlich sich mehr und mehr den Progromleuten. So wurde ihm die erste und zweite Duma aufgelöst, weil sie nicht n Reaktionsgelüsten entsprechend ausgefallen, weil ihm die Gesetze, die Rußland immer mehr in den schaftlichen und politischen Abgrund bringen mußten, bewilligen wollte. So wurde durch einen Staatsstreich dritte, die „arbeitsfähige" Duma geschaffen, um mit ihr Reaktionswerk zu vollenden. Aber selbst diese Duma genicht. Als sie die Semstwo-Vorlage, die das Volkstum in westlichen Teilen des Reiches verdrängt, nicht bewilligen e, wurde sie außer Kraft gesetzt, für eine Zeit nach Hause ckt und durch ein Dekret und die Sanktion des Kaisers das durchgeführt. Judenfeindliche administrative Verfügungen der Ausfluß seiner Tätigkeit und den Kardinalzweck seines nsreichen" Wirkens wollte er in diesen Tagen vollenden:

Knebelung Finnlands!

So hat dieser Mann, der es zunächst mit den Kadetten selbst seinen Halt bei den rechtsstehenden Parteien, den briten, verloren; jeder ehrliche russische Politiker hat aufgegeben, weil er zum Verräter seiner Ideale geen ist.

Und mit diesen seinen reaktionären Handlungen ist der bliche „Ueberwinder der Revolution" der Schrittmacher nächsten Revolution geworden. Jahrelang ist Rußland gewesen, lange hat man nichts mehr von Attentaten rt, aber jetzt kündet wieder neues Wetterleuchten das nende Gewitter. Die zersprengten revolutionären Organionen sammeln sich, die Revolution ist im Anmarsch. Aber Idee ist nicht die Reaktionsherrschaft in Rußland, sondern in freies, gesetzliches, konstitutionelles Staat!

Diesmal war Kiew der Ort des Attentats. Es leuchtete Festesglanz und hatte ein Denkmal dem Kaiser Alexander II. ftet. Auch ihm hat damals — vor 30 Jahren — eine he getroffen, weil nur so das Volk vermeinte, seiner Unterer entledigt zu sein. Und wie damals hat auch diesmal Revolutionär die Tat ausgeführt. Bagrow ist sein ne. 28 Jahre ist er alt und der Sohn eines angesehenen ver Bürgers. Er wurde natürlich verhaftet und ins Gefängnis eingeliefert; jedoch über die vorgenommenen Vermungen beobachtet die Behörde Stillschweigen.

Die Sozialdemokratie ist eine Gegnerin des Terrors der Attentäter. Aber deshalb schimpft sie nicht jungen russischen Studenten einen Meuchelder, fällt über ihn in der gemeinsten Weise her, wie es e fast in der gesamten bürgerlichen Presse geschieht. Für Kiewer Attentat trifft nicht die Beurteilung zu, eine ähnliche Tat in jedem anderen Lande Welt finden würde: sie diene nur den Scharfern und liefere den Freiheitsgegnern Wasser auf ihre Mühle. In Rußland ist es so schlimm, daß es schlimmer nicht werden kann. Und die Schuld daran hat eben Stolypin, der „Retter" seines Vaterlandes, der „Ueberwinder der Revolution".

Hunderttausende sind zuvor seine Opfer geworden, er hat mit der größten Ruhe sein Mütchen an ihnen gekühlt, um seinen Plänen nachgehen zu können. So mußte auch ihm die Antwort werden, er hat es dazu getrieben. Wenn einmal Gesetz und Recht nicht gelten, wie es heute in Rußland ist, wo jeder Freiheitshauch unterdrückt, gemordet wird, wo ein Einzelner Millionen Menschen seinem Willen untertänig machen will, da dringt mit Naturnotwendigkeit aus den Tiefen das Schillerwort: Denn eine Grenze hat Tyrannenmacht!

* * *

Kiew, 15. September. In der Galavorstellung wurde die Oper „Zar und Sultan" gespielt. Das Stadttheater war überfüllt mit geladenem Publikum und hohen Persönlichkeiten; alle Behörden waren vertreten. Nach dem zweiten Akte plauderte Stolypin mit dem Kriegsminister Suchomlinow, vor den Parterresauteuils stehend, als plötzlich ein junger Mann auf ihn zutrat und aus einer Browningpistole auf den Ministerpräsidenten schoß. Stolypin brach, von einer Kugel schwer verletzt, in den Fauteuil nieder. Man brachte ihn unverzüglich in die Privatheilanstalt des polnischen Arztes Dr. Makowski, wo sein Zustand als bedrohlich erkannt wurde. Die Aerzte beschlossen jedoch, die Operation zu verschieben. Das Publikum brachte dem Zarenpaar lebhafte Kundgebungen dar. Der Attentäter wurde sofort durch Staatsanwalt und Untersuchungsrichter verhört. Außer dem Zarenpaar waren der Thronfolger und die kaiserlichen Prinzessinnen im Theater anwesend.

Petersburg, 15. September. Die Birschewija Wjedomosti berichtet in ihrer Abendausgabe, daß es trotz der äußersten Vorsichtsmaßregeln der Polizei, die Karten nur an ihr als zuverlässig bekannte Leute abgab, dem Attentäter in Kiew gelang, eine Karte zu erhalten, da er der Sohn eines angesehenen Bürgers in Kiew ist. Er ist etwa 28 Jahre alt und hat unlängst seine Universitätsstudien beendet. Den Anschlag hat er vermutlich im Auftrage der revolutionären Organisation ausgeführt.

Petersburg, 15. September. Der Kaiser hat für die Dauer der Krankheit des Ministerpräsidenten Stolypin die Geschäftsführung dem Finanzminister Kokowzow übertragen. In allen Teilen des Landes werden in den Kirchen Bittgebete für die baldige Genesung Stolypins abgehalten. In der Reichsduma wurden ebenfalls Gebete abgehalten. Der Präsident Gutschkow sandte an Stolypin im Namen des Oktobristenverbands ein Beileidstelegramm.

Kiew, 15. September. Im Befinden Stolypins ist keine wesentliche Veränderung eingetreten. Er hat mehrere Stunden geschlafen, sein Puls ist normal. Nachmittags wurde ein Aerztekonzilium abgehalten. Wie die Aerzte konstatieren, ist die Leber gänzlich unverletzt, dagegen das Brustfell stark in Mitleidenschaft gezogen. Nach Ankunft des Professors Zeidler aus Petersburg wird die Entfernung der im Rücken befindlichen Kugel vorgenommen werden.

Petersburg, 15. September. Die Petersburger Sektion des allrussischen Nationalverbands sandte an den Ministerpräsidenten Stolypin ein Telegramm, worin sie ihre tiefe Empörung über den Anschlag ausdrückt und diese Missetat als eine Aufforderung an alle Russen zum energischen, offenen Gegenstoß gegen die Feinde des Vaterlands erklärt. Eine ähnliche Depesche sandte der allrussische Nationalklub.

Kiew, 15. September. (Petersburger Telegraphen-Agentur.) In der Stadt wird erzählt, der Attentäter Bagrow sei Agent der politischen Polizei, der es verstanden habe, das Vertrauen seiner Vorgesetzten zu gewinnen. Die Bevölkerung und die Presse, auch die linksstehenden Blätter, drücken ihre Empörung über das Verbrechen aus.

Die jüngste Session des Kongresses.

Neuyork, Anfang September.

C. M. Die außerordentliche Session, zu welcher der Kongreß am 4. April zusammentrat, ging dieser Tage zu Ende. Wenn sie auch die Hoffnungen, mit welcher ihr die Massen entgegengesehen, nicht rechtfertigte, so zeitigten die Verhandlungen doch manches Gute und hätten ohne des Präsidenten Veto noch mehr desselben ergeben. Vor allem aber enthält die abgeschlossene Tagung des Bundesparlaments ein hoffnungsfrohes Moment, welches bessere Aussichten für die Zukunft eröffnet.

Zum erstenmal erstand der Arbeiterschaft in dem bei den jüngsten Nationalwahlen erkorenen Sozialisten Viktor Berger von Milwaukee im Kongreß ein Fürsprecher ihrer Interessen. Genosse Berger beantragte im Repräsentantenhause, der Kongreß möge dem durch Privatdetektive und die Justizbanditen von Los Angeles im Auftrage des Fabrikantenbundes verbrecherischerweise aus dem Staate Indiana entführten und nach Kalifornien geschleppten Sekretär des Verbandes der Eisenkonstruktions-Arbeiter und Brückenbauer, John J. McNamara, zu seinem Rechte verhelfen. Das zu tun erklärte sich der Kongreß zwar ohnmächtig. Aber gänzlich erfolglos war der Antrag doch nicht. Sogar der berüchtigte Bundessenator Borah, der vor vier Jahren zu Boise, Idaho, die Anklage gegen den aus Kolorado geraubten Genossen William Haywood, den damaligen Sekretär der Western Federation of Miners (Westlicher Bergarbeiterverband) vertrat, gab, durch Bergers Vorgehen gezwungen, zu, daß McNamara Gegenstand eines Verbrechens wurde. Borah bezeichnete eine Verbesserung der Bundesgesetze zur Verhinderung ähnlicher Gewalttaten als wünschenswert.

Bergers Alterspensions-Gesetzentwurf gelangte nicht zur eigentlichen Verhandlung. Aber die Tatsache der Einreichung, der Inhalt des Entwurfs wie der außerordentlich geschickten Begründung durch den Antragsteller wurden im ganzen Gebiete der Vereinigten Staaten bekannt und fanden z. B. in Gewerkschaftskreisen lebhafte und fast ungeteilte Zustimmung. Die vom ersten sozialistischen Kongreßmitgliede aufgestellte Forderung wird nimmer von der Tagesordnung verschwinden bis sie erfüllt ist und einen neuen mächtigen Ansporn zur Geltendmachung von Arbeiterinteressen wie zur Förderung sozialistischer Propaganda bildet.

Das positive gesetzgeberische Ergebnis der viermonatigen Tätigkeit des Bundesparlaments läßt sich kurz zusammenfassen: Genehmigung des zwischen den Regierungen Kanadas und der Vereinigten Staaten vereinbarten Handelsvertrags (die Ratifizierung durch das kanadische Parlament steht noch aus); Annahme eines Gesetzes, das die öffentliche Rechnungsablegung über die zu Wahlzwecken herausgabten Gelder vorsieht und auf die Verminderung der herrschenden Korruption abzielt, und endlich die Aufnahme der Territorien Arizona und New Mexiko als Staaten in die Union. Doch soll die Aufnahme Arizonas erst dann erfolgen, wenn das Territorium die Bestimmung, welche den Wählern das Recht der Absetzung der Richter erteilt, aus dem Verfassungsentwurf ausgemerzt ist. Repräsentantenhaus wie Senat hatten der zeitgemäßen Bestimmung ihre Genehmigung erteilt; aber der Präsident Taft belegte den Kongreßbeschluß mit seinem Veto. Dasselbe wäre wirkungslos geworden, wenn jedes der beiden Häuser des Kongresses mit Zweidrittelmehrheit auf seinem ursprünglichen Beschlusse bestanden hätte. Dazu war im Senat nicht die geringste Aussicht vorhanden. Daher fügte sich das Bundesparlament dem reaktionären Präsidenten im fraglichen Falle ebenso wie in wichtigen Zollfragen.

Bei den Herbstwahlen des letzten Jahres erlitten die Republikaner eine schwere Niederlage und verloren die Majorität im Repräsentantenhause. Im April zu einer Extrasession einberufen, um den Handelsvertrag mit Kanada zu ratifizieren, nahm der Kongreß aus eigener Initiative eine teilweise Revision des nach Payne und Aldrich benannten, im August 1909 angenommenen Wucher-Zolltarifs vor. Zwei sich in dieser Richtung bewegende Gesetze gelangten zur Annahme. Das eine sah eine Ermäßigung der Zölle auf Rohwolle und Wollenzeuge, das andere eine solche auf andere Textilwaren, insbesondere Baumwollstoffe, auf Stahlwaren und Chemikalien vor.

Beide Bills belegte Taft mit seinem Veto. Zur Begründung desselben machte er geltend: „Der Kongreß sollte mit der auch von mir befürworteten schrittweisen Revision des geltenden Zolltarifs warten, bis die Zolltarifkommission wissenschaftlich begründete Vorschläge ausgearbeitet und den gesetzgebenden Körperschaften der Vereinigten Staaten unterbreitet hat." Diese Zolltarifkommission, deren Bestellung im Aldrich-Payne-Zolltarif vorgesehen ist und deren Unterhaltung jährlich die Kleinigkeit von einer Million Mark kostet, hat zwar herzlich wenig Wissenschaft, aber desto mehr hochschutzzöllnerischen Geist in sich; zur Belehrung des Kongresses ist sie weder geeignet noch befähigt! Das weiß natürlich auch Taft, dem es lediglich darauf ankommt, den Verrat seines eigenen Programms zu beschönigen.

Wie schon als Präsidentschaftskandidat im Herbst 1908, so hat Taft auch später noch als Präsident, z. B. am 17. September 1909 zu Winona, eine Ermäßigung der Wollen- und Baumwollenzölle für unerläßlich erklärt. Und am 12. Februar letzten Jahres gab er in einer hier gehaltenen Rede zu, daß die Republikaner ihr Wort brachen, als sie die Wollzölle bei der Beratung des zurzeit geltenden Zolltarifs nicht niedriger gestalteten. Noch im Dezember 1910 verpflichtete sich Taft in Chikago, für eine Beseitigung der im Zolltarif enthaltenen Härten und Unbilligkeiten zu sorgen.

Tafts Verhalten ist, vom rein politischen Standpunkte aus betrachtet, unbegreiflich. Wurde bis jetzt noch jeder republikanische Präsident, mit Ausnahme von Rutherford Burchard Hayes (1877 bis 1881), vor dem Ablauf seiner ersten Amtsperiode zum zweiten Male als Präsidentschaftskandidat aufgestellt, so hat Taft in dieser Hinsicht sicherlich Ehrgeiz, denn er unternimmt jetzt schon Agitationsreisen.

In seiner nächsten ordentlichen Session, zu welcher er verfassungsmäßig im Dezember zusammentreten muß, wird der Kongreß die Revision des Zolltarifs wieder aufnehmen. Die Schlußverhandlungen der nächsten Tagung des Bundesparlaments werden zugleich die Einleitung für den Wahlkampf im Herbste nächsten Jahres bilden. Will Taft auch dann wiederum sein Vetorecht gegen Kongreßbeschlüsse ausspielen? Er würde sich sein politisches Grab schaufeln, ohne den geldmächtigen „Interessen" viel zu helfen.

Auch die Demokraten sehen der Erfüllung so mancher ihrer als Wahllöder aufgestellten Forderungen mit gemischten Gefühlen entgegen. Nur der einzige sozialistische Repräsentant treibt keine Kulissenschieberei. Sein entschiedenes Eintreten für die Forderungen des Proletariats bietet die Gewähr, daß er bald nicht mehr vereinsamt sein wird im Bundeskapitol (Sitz des Kongresses).

Die Marokkoverständigung.

Ueber die neueste Unterredung zwischen Kiderlen und Cambon meldet der halboffiziöse Lokalanzeiger:

Staatssekretär Kiderlen-Wächter empfing gestern nachmittag in seiner Privatwohnung den von uns angekündigten Besuch des französischen Botschafters Cambon. Bei der Unterredung der beiden Staatsmänner stellte es sich, wie wir erfahren, heraus, daß in einigen wichtigen Punkten die französische Regierung den Standpunkt der deutschen angenommen hat. In bezug auf einige weitere Punkte sind nur noch redaktionelle Differenzen zu beseitigen, und es konnte festgestellt werden, daß bloß über gewisse Fragen und Garantien die Anschauungen noch aus-

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19110916/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG